rbbonline

rbbonline | Nachrichten | Politik

Bund und Länder streiten über Fluthilfe

Brandenburg investiert weitere Millionen in Hochwasserschutz

Brandenburg pumpt Geld in den Hochwasserschutz. Im laufenden Jahr sollen rund 20 Millionen Euro zusätzlich bereit gestellt werden. Unterdessen streiten die Finanzminister von Bund und Ländern über die Finanzierung des milliardenschweren Fluthilfefonds.

Brandenburg will erste größere Konsequenzen aus dem Hochwasser 2013 ziehen. Für Schutzmaßnahmen an gefährdeten Flüssen sollen im laufenden Jahr rund 20 Millionen Euro zusätzlich im Landeshaushalt bereitgestellt werden, sagte Umweltministerin Anita Tack (Linke) nach der Kabinettssitzung in Potsdam.

Bislang waren 35 Millionen Euro fest eingeplant. Die Mehrausgaben sollen unter anderem durch Umschichtung von EU-Mitteln finanziert werden. Das genaue Ausmaß der Hochwasserkosten in Brandenburg sei noch offen und müsse in Ruhe ermittelt werden, sagte Innenminister Dietmar Woidke (SPD). Allein die Hilfseinsätze seien voraussichtlich mit einem zweistelligen Millionenbetrag zu veranschlagen. Das Agrarministerium geht von rund 40 Millionen Euro Schäden allein in der märkischen Landwirtschaft aus.

Wirtschaftsminister Christoffers kündigte zusätzliche Soforthilfen für hochwassergeschädigte Unternehmen an. Dafür stünden rund zwei Millionen Euro für Freiberufler und Gewerbetreibende aller Branchen zur Verfügung. Die Richtlinie dafür sei heute vom Kabinett beschlossen worden, sagte Ralf Christoffers (Linke). Mit der Schadensregulierung soll noch in der laufenden Woche begonnen werden.

Breese bekommt einen Deich

Seit gut zehn Jahren wartet Breese auf einen Deich.

Als Konsequenz aus dem jüngsten Hochwasser in Brandenburg sollen besonders in der Prignitz neue Deiche errichtet werden. Im nächsten Jahr wird zunächst das Dorf Breese bei Wittenberg mit einem Deich versehen. Darauf hat sich am Dienstag die Landesregierung in Potsdam verständigt.

Innenminister Woidke betonte im rbb, auch an anderen neuralgischen Orten in der Prignitz, so in Scharleuk und in Below, müssten neue Dämme errichtet werden. Er sei zuversichtlich, dass Umweltministerin Tack entsprechende rechtliche Fragen rasch klären werde und auch mit diesen Baumaßnahmen im Jahr 2014 begonnen werden könne.

Keine Einigkeit über Finanzierung des Fluthilfefonds

Unterdessen haben die Finanzminister von Bund und Ländern in Potsdam über den milliardenschweren Fluthilfe-Fonds beraten. Zwar wird an der Summe von acht Milliarden Euro festgehalten, beim ersten Treffen am Dienstag wurde aber noch keine Einigung darüber erzielt, wie der Fonds finanziert wird.

Die Finanzminister von Bund und Ländern beraten in Potsdam.

Die Länder machten dafür den Bund verantwortlich. Sie wollen die Fluthilfen über den bereits bestehenden "Fonds Deutsche Einheit" abwickeln, was das Bundesfinanzministerium nach Teilnehmerangaben bisher ablehnt. Der Bund wiederum blitzte mit seinem Vorschlag für eine Vorfinanzierung und Anleihe ab.

Länder wollen Gewinne aus "Fonds Deutsche Einheit" nutzen

Aus Sicht der Länder sollten Zinsgewinne des Einheitsfonds zur Finanzierung ihres Anteils herangezogen werden. Er war 1990 aufgelegt worden, um Hilfen für Ostdeutschland zu finanzieren. Diese hatte er auch durch Kredite finanziert, die Bund, Länder und Kommunen in den Folgejahren abzahlen müssen.

Der Einheitsfonds soll 2019 aufgelöst werden, die Altschulden wären bis dahin abgezahlt. Angesichts günstiger Zinsen sind die Verbindlichkeiten nach Angaben der Länder aber bereits 2018 abgezahlt. Die Tilgung könnte daher gestreckt beziehungsweise für zwei Jahre ausgesetzt und so der Länderanteil von vier Milliarden Euro aufgebracht werden. Der Bund müsste aber auf Vorteile verzichten, die ihm die Niedrigzinsphase beschert.

Für diesen Vorschlag ist Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nicht zu haben: "Die Länder müssen sich schnell untereinander einigen, wie sie ihre Hälfte aufbringen. Aber bitte nicht zulasten des Bundes und bitte nicht mit Buchungstricks."

Der Bund hatte zuletzt vorgeschlagen, die acht Milliarden Euro vorzustrecken und dafür in diesem Jahr die eigene Neuverschuldung anzuheben sowie einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Die Länder sollen sich zehn Jahre lang an den Zins- und Tilgungszahlungen beteiligen. Diesen Vorschalg lehnten die Länder aber ab.

Die Verhandlungen sollen kurzfristig fortgesetzt werden. Thüringens Regierungschefin Christine Lieberknecht (CDU) schließt ein Treffen der Ministerpräsidenten bereits an diesem Mittwoch in Berlin nicht aus. Alle Details müssten vor dem 5. Juli geklärt sein, damit der Fluthilfe-Fonds vor der Sommerpause beschlossen werden könne, sagte sie.

Tack mahnt nationalen Fonds an

Anita Tack sieht den Bund in der Verantwortung.

Vor den Beratungen der Finanzminister in Potsdam hat Brandenburgs Umweltministerin Anita Tack (Linke) einen nationalen Fonds für den Hochwasserschutz gefordert.

Wie sich gezeigt habe, bräuchten die Flüsse wieder mehr Überflutungsflächen, sagte die Linken-Politikerin dem rbb. Der Bund müsse sich engagieren, um Ausgleichszahlungen an Menschen zu leisten, die dafür Land zur Verfügung stellten.

Ähnlich hatte sich bereits Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov (Linke) geäußert. Er hatte in der vergangenen Woche gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern gefordert, um neue Überflutungsflächen ankaufen zu können.

Stand vom 18.06.2013

Dieser Beitrag gibt den Sachstand vom 18.06.2013 wieder. Neuere Entwicklungen sind in diesem Beitrag nicht berücksichtigt.

Mehr Infos

Nach der Flut - Prignitz baut Notdeiche ab [/nachrichten/vermischtes/2013_06/aufraeumen_prignitz.html]

In den Hochwasserregionen in Brandenburg geht das Aufräumen weiter. Sandsäcke und Schutzwände werden abgebaut. Im Hinblick auf den Tourismus richtet sich der Blick schon wieder nach vorn. **_mehr** [/nachrichten/vermischtes/2013_06/aufraeumen_prignitz.html]

Markov fordert Umdenken bei Hochwasserschutz [/nachrichten/politik/2013_06/Merkel_lehnt_Steuererhoehungen_fuer_Fluthilfe_ab.html]

Bund und Länder wollen gemeinsam die Kosten des Hochwasser stemmen - doch über das Wie gibt es große Unnstimmigkeiten. Brandenburgs Finanzminister denkt bereits über den Rückkauf von Flächen nach. **_mehr** [/nachrichten/politik/2013_06/Merkel_lehnt_Steuererhoehungen_fuer_Fluthilfe_ab.html]

Experten fordern besseren Hochwasserschutz [/nachrichten/vermischtes/2013_06/lage_im_nordwesten.html]

Nachdem der Elbepegel in Wittenberge weiter gesunken ist, hat sich die Lage leicht entspannt. Klimaforscher warnen allerdings vor weiteren Überschwemmungen und fordern einen länderübergreifenden Hochwasserschutz. **_mehr** [/nachrichten/vermischtes/2013_06/lage_im_nordwesten.html]

© Rundfunk Berlin-Brandenburg

http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2013_06/bund_und_laender_beraten.html